

Deutschlandprognose 2003: Konjunktur belebt sich nur zögerlich¹

Aktuelle Lage: Aufschwung ist ausgeblieben

Die Weltwirtschaft ist im Sommer 2002 in eine erneute Schwächephase geraten, nachdem die Produktion nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 im Sog der kräftigen Erholung in den USA bereits wieder in Schwung geraten war. Das ifo Weltwirtschaftsklima (WES) ist inzwischen nahezu wieder auf dem tiefen Stand vom Herbst 2001, nachdem es sich in der ersten Hälfte des Jahres 2002 deutlich verbessert hatte. Maßgeblich für die abermals unerwartet ungünstige Entwicklung waren die durch den schwelenden Irak-Konflikt ausgelösten Unsicherheiten, der damit verbundene erneute Höhenflug der Rohölpreise und die bis in den Herbst hinein zu verzeichnenden starken Kursrückgänge an den Finanzmärkten, die über negative Vermögensseffekte und erschwerte Finanzierungsbedingungen weltweit dämpfend wirkten.

In den USA ist es zwar nicht zu dem von vielen befürchteten rezessiven Rückschlag („Double-Dip“) gekommen, die gesamtwirtschaftliche Produktion stieg im III. Quartal 2002 sogar mit einer Jahresrate von 4 %. Trotz der weiter expansiv ausgerichteten Geldpolitik der FED kann die US-Konjunktur noch nicht als gefestigt gelten; im IV. Quartal dürfte das Wachstumstempo – den vorliegenden Frühindikatoren zufolge – wieder deutlich geringer gewesen sein. Die japanische Wirtschaft steckt bei anhaltend sinkendem Preisniveau in einer tiefen Strukturkrise; die bisher vorliegenden Wachstumswahlen für das Sommerhalbjahr überzeichnen die konjunkturelle Grundtendenz bei weitem. In den Mitgliedsländern der Europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die Konjunktur – nach rezessiver Tendenz zum Jahresende 2001 – wieder etwas erholt; das Anstiegstempo der Produktion war aber im vergangenen Jahr mit durchschnittlich 0,8 % deutlich geringer als die Trendwachstumsrate. Insgesamt dürfte die Weltproduktion im Jahr 2002 um 2,5 % zugenommen haben, nach 2,2 % im Jahr zuvor.

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach der Rezession des Jahres 2001 stabilisiert. Zu einem Aufschwung ist es aber auch hier nicht gekommen. Der konjunkturelle Anstiegswinkel blieb das ganze Jahr hindurch außergewöhnlich flach; im Jahresverlauf dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt nur mit einer Rate von 0,9 % gestiegen sein. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung sank damit bis zuletzt. Im Jahresdurchschnitt 2002 hat das reale Bruttoinlandsprodukt unter Berücksichtigung des niedrigen Ausgangsniveaus lediglich um 0,2 % zugenommen. Ein geringeres Wachstumstempo gab es zuletzt im Rezessionsjahr 1993.

Maßgeblich für die unbefriedigende Wirtschaftsleistung war die schwache Binnennachfrage; diese sank im Jahresdurchschnitt um 1,3 %. Der Investitionsmotor fiel vollständig aus; allein die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlagen) sanken im Vorjahresvergleich um 6,9 %. Auch die Talfahrt der Bauinvestitionen hielt weiter an; sie schrumpften im Jahresergebnis mit 5,9 % kaum weniger stark als im Jahr 2001. Unbefriedigend war auch die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, sie fiel um 0,5 %. Sinkende Realeinkommen infolge rückläufiger Beschäftigung ließen keinen Spielraum für eine Ausweitung des Konsums; auch ist die Sparquote weiter leicht gestiegen. Die Exporttätigkeit blieb dagegen lebhaft; der Zuwachs hat sich im Jahresergebnis 2002 auf 2,9 % belaufen. Da die Einfuhr parallel zur rückläufigen Binnennachfrage sank, steuerte der Außenbeitrag per saldo positiv zum Wirtschaftswachstum bei.

Am Arbeitsmarkt ist aufgrund der flauen Konjunktur die erwartete Wende ebenfalls ausgeblieben. Die Zahl der Beschäftigten sank im Jahresverlauf saisonbereinigt um 380.000. Die Zahl der Arbeitslosen stieg zugleich um 250.000. Die Arbeitslosenquote (bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen) betrug im Dezember 9,8 %. Sie ist allerdings noch um 1 Prozentpunkt niedriger als im Herbst 1997, dem letztma-

¹ Aktualisierte und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2002. Vgl. H.-W. Sinn, W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm, ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung, in: ifo Schnelldienst, 24/2002, S. 22 ff.

ligen Höhepunkt der Arbeitslosigkeit. Moderat blieb die Entwicklung der Verbraucherpreise. Trotz erneut äußerst volatiler Rohölpreise blieb das Preisklima insgesamt ruhig. Im Jahresdurchschnitt 2002 hat sich die Lebenshaltung nur um 1,3 % verteuert.

Ausblick 2003

Weltwirtschaft: Wieder etwas stärkere Impulse

Die Prognose der nationalen und internationalen Konjunktur ist nach wie vor mit erheblichen Risiken belastet. Besonders unsicher sind die geopolitische Situation im Mittleren Osten, die damit verbundene weitere Entwicklung des Rohölpreises und die Perspektiven für die internationalen Aktienmärkte. Hier wird davon ausgegangen, dass der Irak-Konflikt zwar bis weit in das laufende Jahr hinein schwelen wird, es aber nicht zu größeren militärischen Auseinandersetzungen kommt. Der Rohölpreis wird – bei hoher Volatilität – im Jahresdurchschnitt 2003 rund 25 US-Dollar pro Barrel betragen; er liegt damit in der Mitte der von den OPEC-Ländern mittelfristig angestrebten Preisspanne. Insbesondere in den ersten Monaten des Jahres 2003 ist mit zeitweise erhöhten Preisen zu rechnen. Die Notierungen auf den Aktienmärkten dürften ihren Boden gefunden haben, allerdings werden die mit den vorhergehenden starken Kursrückgängen verbundenen Vertrauenseinbußen, Vermögensverluste und erschwerten Finanzierungsbe-

dingungen noch geraume Zeit dämpfend nachwirken.

Bei diesen Rahmenbedingungen wird sich das wirtschaftliche Umfeld für die deutsche Konjunktur im Verlauf des Jahres 2003 allmählich bessern. Dreh- und Angelpunkt ist die Entwicklung in den USA. Hier dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt erneut um etwa 2 1/2 % zunehmen. Nach wie vor besteht allerdings die Gefahr, dass die internationalen Finanzmärkte bei fortdauerndem Doppeldefizit in Leistungsbilanz und Staatshaushalt das Vertrauen in den US-Dollar verlieren und den Kapitalbedarf der USA nicht mehr ausreichend decken, was einen erneuten Einbruch auf den Aktienmärkten und womöglich auch eine Abwertung des Dollar mit erheblichen negativen Auswirkungen auf die weltwirtschaftliche Entwicklung zur Folge hätte. In Japan dürfte sich die Konjunktur in diesem Jahr bei immer noch starken Schwankungen im Verlauf tendenziell weiter langsam erholen. Die Deflation geht zunächst weiter. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöht sich im Jahr 2003 um ca. 1 1/2 %, nachdem es 2002 ungefähr dem Volumen von 2001 entsprochen hatte. Im Euroraum dürfte die Produktion zunächst nur geringfügig expandieren. Hierauf lassen die vorliegenden Klimaindikatoren schließen. Im weiteren Jahresverlauf dürfte die Konjunktur nach dem Wegfall retardierender Faktoren an Schwung gewinnen; das reale Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich um etwa 1 1/2 % zunehmen (2002: 0,8 %).

Risiken für die USA-Prognose

Die US-Zentralbank hat mit der letzten Zinssenkung vom November 2002 – auf 1,25 % – ihr Pulver weitestgehend verschossen; hierin liegt ein beträchtliches Gefährdungspotenzial, falls es doch zu einem größeren bewaffneten Konflikt im Irak kommen und dieser einen konjunkturellen Rückschlag zur Folge haben sollte. Auch besteht die Gefahr, dass die internationalen Finanzmärkte bei fortbestehendem Doppeldefizit in Leistungsbilanz und Staatshaushalt das Vertrauen in den US-Dollar verlieren und den Kapitalbedarf der USA nicht mehr ausreichend decken, ein Problem, das angesichts der nach wie vor viel zu niedrigen Ersparnis der privaten Haushalte im Zeitablauf an Bedeutung gewinnen könnte. Die Folge wäre erneut ein Einbruch auf den Aktienmärkten und womöglich zusätzlich eine Abwertung des US-Dollar. Das würde erhebliche negative Auswirkungen nicht nur auf die amerikanische, sondern auf die weltwirtschaftliche Entwicklung haben. Rückwirkungen auf die Konjunktur würden sich jedoch erst gegen Ende 2004 ergeben.

Deutschland: Abgabenerhöhungen beeinträchtigen Wirtschaftswachstum

In Deutschland gibt es zur Zeit nur wenig optimistische Konjunktursignale. Die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind von der Grundtendenz leicht aufwärts gerichtet. Nennenswerte Impulse kamen für die deutsche Wirtschaft bisher aus dem Ausland; insbesondere die Hersteller von Vorleistungs- und Investitionsgütern profitierten von der anziehenden Auslandsnachfrage. Die Nachfrage aus dem Inland blieb dagegen insgesamt flau, erst zuletzt haben hier die Bestellungen etwas angezogen. Gleichwohl wird die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im I. Quartal 2003 nahezu zum Stillstand kommen. Maßgeblich hierfür ist der fiskalisch bedingte Kaufkraftentzug; die Finanzpolitik wirkt im Jahr 2003 aufgrund vielfältiger Sparmaßnahmen und Abgabenerhöhungen restriktiv. Auch dürfte das Hin und Her um die kräftige Erhöhung von Abgaben bei Investoren und Verbrauchern Aufmerksamkeit ausgelöst haben, der nun zur Geltung kommt. Von der Entwicklung der Einkommen gehen voraussichtlich nur geringe Impulse aus; so erhöhen sich nach der dieser Prognose zugrundeliegenden Annahme die Tariflöhne in Deutschland im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt nur um rund 2 1/2 %. Erst im weiteren Jahresverlauf ist mit dem allmählichen Abklingen der großen Unsicherheit nach und nach mit einer Belebung zu rechnen.

Exporte: Weiter aufwärtsgerichtet

Die Ausfuhr hat nach einem moderaten Anstieg im I. Halbjahr im III. Quartal deutlich zugelegt. Maßgeblich hierfür waren in erster Linie die offenbar in diesem Quartal ausgeführten Aufträge aus früheren Bestellungen. Bisher steigt die Nachfrage auf den wichtigsten Absatzmärkten nur verhalten; deshalb dürfte es zunächst nicht gelingen, das vorgelegte Wachstumstempo beizubehalten. Alles in allem ist die Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen im Jahr 2002 um 2,9 % gestiegen.

Die Exporterwartungen der deutschen Industrie verbessern sich seit Oktober 2002, nach einem deutlichen Rückgang in den Sommermonaten. Mit der all-

mählichen Erholung der Weltkonjunktur werden auch die deutschen Exporte im Jahr 2003 wieder zunehmen. Auch wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure weniger als im letzten Jahr verschlechtern. Positive Impulse auf die deutsche Ausfuhr gehen vor allem vom Euroraum und von den USA aus. Auch die Transformationsländer Mittel- und Osteuropas werden voraussichtlich weiterhin verstärkt Investitionsgüter aus Deutschland nachfragen. Im Jahresdurchschnitt 2003 werden daher die Exporte um reichlich 4 1/2 % zunehmen. Damit bleibt der Beitrag der Exporte zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum positiv. Mit einer wenn auch leichten Belebung der Binnenkonjunktur und anziehenden Exporten werden die Importe im nächsten Jahr allmählich wieder ansteigen. Es wird mit einer durchschnittlichen Jahresrate der realen Importe von etwa 4 % gerechnet.

Ausrüstungsinvestitionen: Talsohle ist erreicht

Die Ausrüstungsinvestitionen sind seit dem IV. Quartal 2000 kontinuierlich zurückgegangen. Die zutage getretene Investitionsschwäche ist teilweise zyklisch bedingt. In den Jahren bis 2000 hatten viele Unternehmen unter dem Eindruck von steigenden Renditeerwartungen massiv investiert. Eine weitere Aufrechterhaltung dieses Investitionsniveaus hätte eine beschleunigt wachsende Nachfrage erfordert. Die konjunkturelle Abkühlung ab 2001 erzeugte Überkapazitäten, die erst abgebaut werden müssen, bevor die Investitionsbereitschaft wieder steigen kann. Der zyklisch bedingte Rückgang der Investitionsneigung wurde verstärkt durch die Strukturprobleme in Deutschland und die aus Sicht der Unternehmen falschen oder zu zögerlichen Maßnahmen der Regierung.

Mit einem weiteren Rückgang der Investitionstätigkeit im laufenden Jahr ist aber wohl nicht zu rechnen. Die gegenwärtig zu verzeichnende Belebung der Exportnachfrage und das anhaltende, wenn auch moderate, Wachstum des privaten Konsums lassen erwarten, dass zumindest die erforderlichen Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen nicht länger zurückgestellt werden. Dafür spricht auch, dass der Auftragseingang aus dem Inland bei den

Investitionsgüterproduzenten seinen Tiefpunkt durchschritten hat und in letzter Zeit wieder angestiegen ist sowie dass die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe im September 2002 wieder den langfristigen Durchschnitt erreicht hat. Bei der Produktion von Investitionsgütern ist die konjunkturelle Grundtendenz zwar noch abwärtsgerichtet, doch lässt der zeitliche Nachlauf der Produktion hinter dem Auftragseingang eine Belebung erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2003 ist mit einem Anstieg der Ausrüstungen um real 1 % gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, nach einem Rückgang um 8,4 % im vergangenen Jahr. Bei den sonstigen Anlagen ist ein Zuwachs um real 6 % zu erwarten, da bei Software-Erneuerungen kaum gespart werden kann.

Bauinvestitionen: Talfahrt setzt sich fort

Der Schrumpfungsprozess bei den Bauinvestitionen hat sich im Jahr 2002 fortgesetzt und wird auch im laufenden Jahr kein Ende finden. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass das gegenwärtige Volumen der Bauinvestitionen immer noch zu einem realen Wertzuwachs des Bautenbestandes führt, die negativen Wachstumsraten der Investitionen bringen nur ein verlangsamtes Wachstumstempo des Bestandes zum Ausdruck.

Angesichts der nach der Wiedervereinigung aufgebauten Kapazitäten und des gegenwärtig moderaten Einkommenswachstums sind geringer werdende Bestandszuwächse nicht erstaunlich. Beim *Wohnungsbau* haben vor dem Hintergrund einer nahezu stagnierenden Bevölkerung inzwischen Modernisierungs- und Instandsetzungsvorhaben das Übergewicht erlangt. Im Bereich des *Wirtschaftsbaus* ließ die jüngste konjunkturelle Abschwächung auch in Westdeutschland wieder Überkapazitäten bei Büro- und Lagergebäuden entstehen, die erst abgebaut werden müssen, bevor an eine Belebung der Bautätigkeit zu denken ist. Der *öffentliche Bau* leidet unter den finanziellen Engpässen der Kommunen. Insgesamt ist für das Jahr 2003 mit einem Rückgang der realen Bauinvestitionen um nahezu 2 % zu rechnen nach einem Minus von 5,9 % im vergangenen Jahr.

Privater Konsum: Fiskalisch ausgebremst

Der private Konsum hat im gesamten Jahr 2002 enttäuscht. Maßgeblich hierfür war, dass zum ersten Mal seit 1992 die Kaufkraft der privaten Haushalte – gemessen am real verfügbaren Einkommen – abgenommen hat. Insbesondere die realen Gewinn- und Vermögenseinkommen waren im Gefolge der schwachen Konjunktur rückläufig, aber auch die Nettolöhne und -gehälter sind in realer Rechnung gesunken. Zudem ist die Sparquote leicht gestiegen; das Vorsorgesparen hat zugenommen. Alles in allem ist der private Konsum um 0,5 % gesunken, ein ähnlich schlechtes Ergebnis wurde zuletzt im Jahr 1982 registriert.

Im laufenden Jahr werden sich die Konsumperspektiven nur wenig aufhellen; im I. Quartal ist wegen der stark steigenden Steuer- und Sozialabgabenbelastung erneut mit einem absoluten Rückgang der Konsumausgaben zu rechnen. In der gesetzlichen Krankenversicherung wird der Beitragssatz im Durchschnitt von 14,0 auf 14,3 % angehoben; in der Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5 %. Hinzu kommt die deutliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Die Steuerprogression greift weiter voll, weil die zweite Stufe der Steuerreform 2000 wegen der Finanzierung der Flutschäden auf das Jahr 2004 verschoben worden ist. Kaufkraftdämpfend wirkt die massive Anhebung von indirekten Steuern. Ab dem II. Vierteljahr dürfte sich die langsame Besserung auf dem Arbeitsmarkt allmählich positiv auf die Expansion der Arbeitseinkommen auswirken. Die monetären Sozialleistungen werden dagegen langsamer expandieren, weil die Anpassung der Altersrenten geringer sein wird und die Lohnersatzleistungen für Arbeitslose rückläufig sind. Dagegen werden die übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte aufgrund der anziehenden Konjunktur wieder deutlich steigen. Insgesamt werden die realen Konsumausgaben bei leicht sinkender Sparquote um 0,8 % zunehmen.

Preisniveau: Weiterhin nahezu stabil

Die Preisentwicklung auf der Verbraucherstufe verlief im vergangenen Jahr alles in allem moderat. Trotz des

beträchtlichen Preissprungs am Jahresanfang, der durch die Anhebung von indirekten Steuern und eine witterungsbedingte kräftige Verteuerung von saisonabhängigen Nahrungsmitteln verursacht worden war, stiegen die Lebenshaltungskosten im Jahresdurchschnitt 2002 nur um 1,3 %. Die Einführung des Euro-Bargelds hat – wie vom ifo Institut erwartet worden war – keinen größeren Teuerungsschub mit sich gebracht. Zwar wurden die Preise im Dienstleistungssektor hier und da kräftig erhöht; der hiervon ausgehende Effekt auf den gesamten Verbraucherpreisindex war jedoch gering.

Im Prognosezeitraum dürfte sich an der insgesamt günstigen Preisentwicklung nur wenig ändern. Die flauere Verbrauchskonjunktur eröffnet so gut wie keine Preiserhöhungsspielräume, auch schwächt sich mit der allmählich wieder anziehenden Konjunktur der Anstieg der Lohnstückkosten deutlich ab. Dämpfend wird zudem der in diese Prognose eingestellte höhere Außenwert des Euro gegenüber dem US-Dollar wirken. Die positive Preistendenz wird allerdings im Winter von neuerlichen Verbrauchsteueranhebungen kurzfristig überlagert: So tritt die fünfte Stufe der ökologischen Steuerreform in Kraft und auch die Tabaksteuer wird erneut angehoben. Zudem wird Energie stärker besteuert. Zusammengenommen führen diese Maßnahmen zu einem zusätzlichen Anstieg des Preisniveaus um 1/2 %. Außerdem steigen die Grundgebühren für einen Telefonanschluss der Telekom. Schließlich wird ab April zeitlich gestaffelt für etliche Warengruppen und Dienstleistungen der bislang ermäßigte Mehrwertsteuersatz auf den vollen Satz von 16 % angehoben. Insgesamt wird das Verbraucherpreisniveau im Jahresdurchschnitt 2003 voraussichtlich erneut um 1,3 % höher sein.

Produktion: Nur geringes Wachstumstempo

Auch nach der Jahresmitte 2002 war die gesamtwirtschaftliche Produktion nicht auf Touren gekommen. Die Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen stieg nur noch leicht, im Baugewerbe sank sie weiter (wenn auch verlangsamt), in den übrigen produzierenden Bereichen stagnierte sie nach einer deutlichen Ausweitung im I. Halbjahr. Im Jahresdurchschnitt 2002 stieg die Wirtschaftsleistung nur um 0,2 %. Sehr

ungünstig war die Konjunktur vor allem im Baugewerbe, hier ist die Wertschöpfung um 6,1 % gesunken, und damit nahezu im gleichen Ausmaß wie 2001 (6,5 %), im verarbeitenden Gewerbe war sie leicht rückläufig (–1/2 %), während die Dienstleistungsbereiche leichte Zuwächse (im Durchschnitt 1 1/2 %) verbuchen konnten.

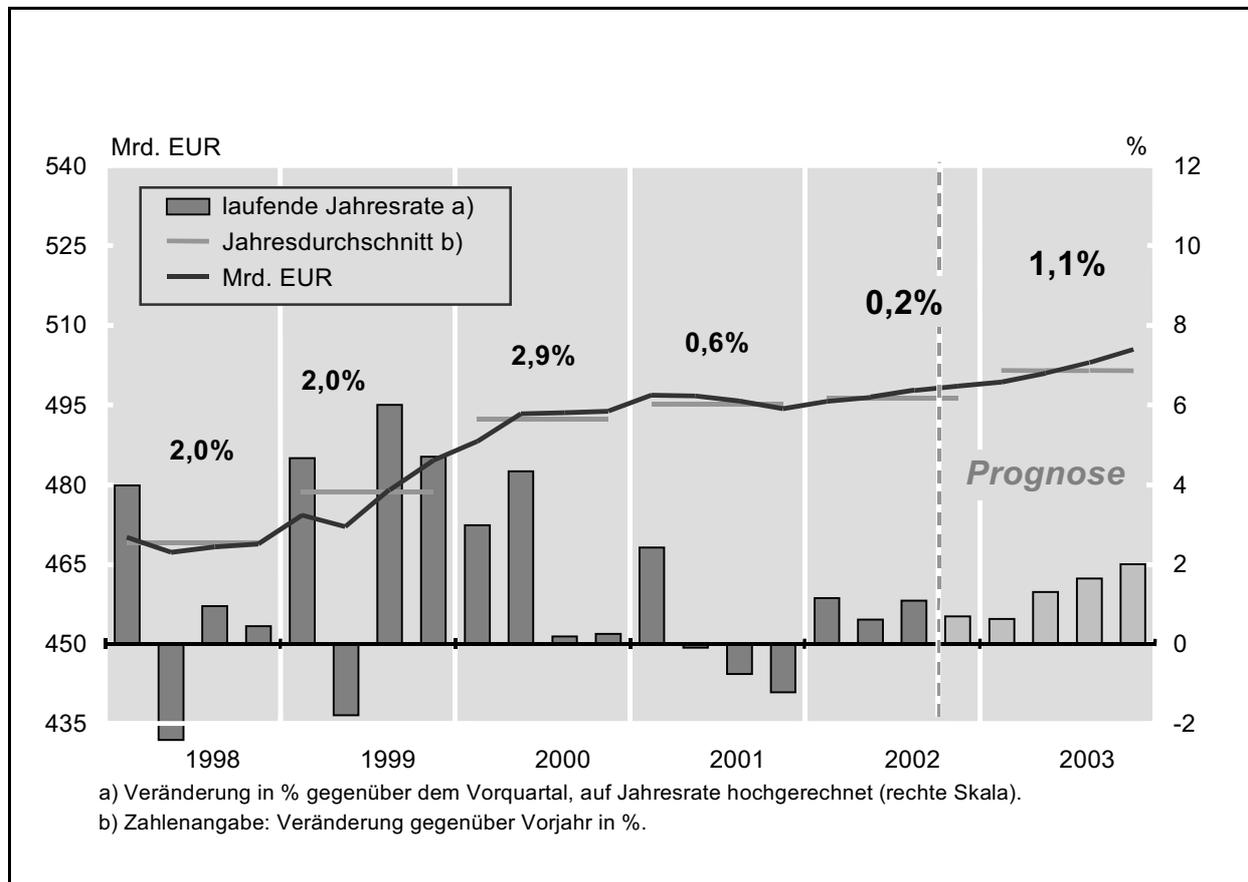
Im laufenden Jahr dürfte die Konjunktur wegen der zusätzlichen fiskalischen Belastungen für Privathaushalte und Unternehmen zunächst noch sehr verhalten bleiben und die Produktionstätigkeit wird erst ab dem Frühjahr allmählich stärker expandieren. Erneut wird die Nachfrage aus dem Ausland Motor der Entwicklung sein, wovon die Industrie besonders profitiert. Vor dem Hintergrund nur schwach zunehmender Einkommen der privaten Haushalte wird der Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr nur wenig wachsen, und angesichts verstärkter Sparanstrengungen des Staates wird die Wertschöpfung der öffentlichen und privaten Dienstleister vermutlich stagnieren. Von der Beseitigung der Flutschäden wird das Baugewerbe zwar Impulse erhalten, die Abwärtstendenz kann dadurch aber nur vorübergehend überdeckt werden. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,1 % über dem Wert des Jahres 2002 liegen; im Jahresverlauf wird es um knapp 1 1/2 % steigen (vgl. Abb. 1). Das Expansionstempo ist damit kaum höher als das Trendwachstum (ca. 1/4 %), also wird der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad im Jahresverlauf nur wenig steigen.

Arbeitsmarkt: Arbeitslosenquote steigt 2003 auf nahezu 10 Prozent

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit dem Sommer 2002 verschärft. Die Erwerbstätigenzahl sank beschleunigt, die Zahl der Arbeitslosen stieg weiter. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist damit aber noch nicht erreicht. Angesichts einer zunächst nur langsam wachsenden Wirtschaft und einer sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit bis zur Jahresmitte 2003 noch sinken, wenn auch nicht mehr so rasch wie zuletzt. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit in der II. Jahreshälfte 2003 dürfte nicht stärker sein als der Rückgang im

Abb. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 – Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



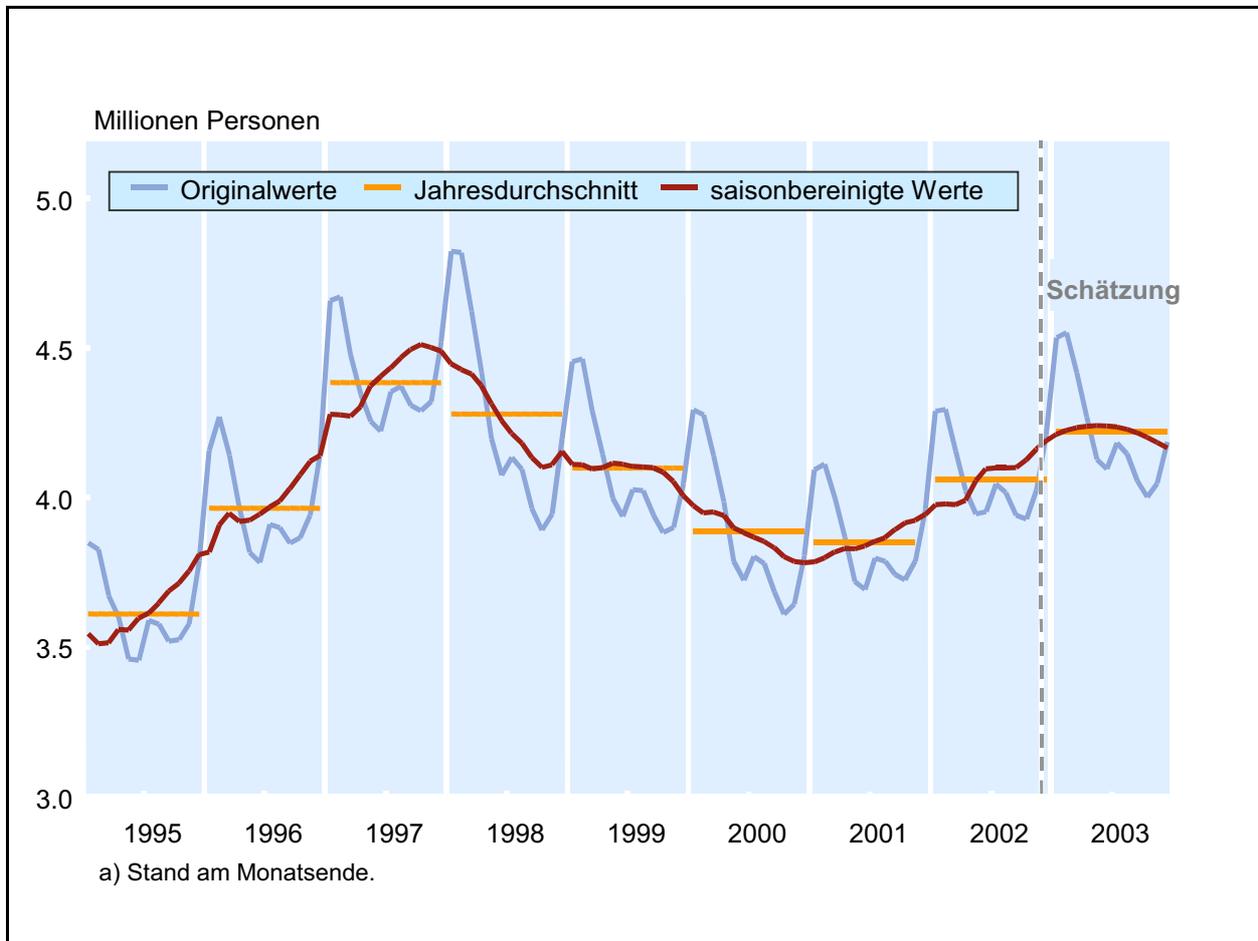
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

I. Halbjahr, sodass zum Jahresende 2003 etwa gleich viele Personen erwerbstätig sind wie ein Jahr zuvor (vgl. Abb. 2). Für den Jahresdurchschnitt ist ein Beschäftigungsabbau nahezu in der gleichen Größenordnung wie 2002 zu erwarten (rund 210.000 Personen).

Die Arbeitslosenzahl ist im Jahresverlauf 2002 deutlich gestiegen, und zwar um insgesamt 250.000 (vgl. Abb. 2). Dabei erfolgte der Anstieg nicht kontinuierlich, sondern in ausgeprägten Schüben: Während sowohl im I. als auch im III. Quartal die Arbeitslosenzahl im Großen und Ganzen stagnierte, stieg sie von

Ende März bis Ende Juni um durchschnittlich 40.000 monatlich, von Ende September bis Ende Dezember um rund 30.000 pro Monat. Eine Ursache dieser unsteten Entwicklung dürfte im JOB-AKTIV-Gesetz liegen, das zum Jahresanfang in Kraft getreten war. In den nächsten Monaten wird sich die Arbeitslosigkeit weitgehend spiegelbildlich zur Erwerbstätigkeit entwickeln und bis etwa Jahresmitte 2003 weiter steigen. Erst in den Sommermonaten könnte sich eine leichte Entspannung einstellen, wenn der Wirtschaftsaufschwung stärker geworden ist. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird die Arbeitslosenzahl, trotz des Rückgangs im späteren Jahresverlauf, jahresdurch-

Abb. 2

Entwicklung der Arbeitslosigkeit^{a)} in Deutschland

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Dez. 2002).

schnittlich auf 4,22 Mill. steigen und die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – auf 9,9 %.

Staatsdefizit: Rückgang unter die 3-Prozent-Marke nur bei striktem Konsolidierungskurs

Im Jahr 2002 verfehlte Deutschland deutlich das Defizit-Kriterium für die Euro-Länder. Wegen der konjunkturellen Flaute waren die Einnahmen geringer als vorher geschätzt und gleichzeitig die Ausgaben höher. Insbesondere die Steuern blieben weit hinter

den Ansätzen zurück, der Beschäftigungsrückgang sorgte aber auch dafür, dass die Sozialversicherungsbeiträge nicht an die Erwartungen herankamen. Insgesamt haben die Staatseinnahmen nur um 0,5 % zugenommen, die Ausgaben dagegen um 2,5 %. Der gesamtstaatliche Budgetsaldo belief sich auf rund 77 Mrd. Euro oder 3,7 % des Bruttoinlandsprodukts.

Die Perspektiven für das laufende Jahr sind etwas günstiger. Durch die Verschiebung der Steuerreformstufe auf das folgende Jahr und zahlreiche weitere Maßnahmen zur Erhöhung der Steuereinnahmen

Tab. 1

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2001	2002	2003 ¹⁾
Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr^{a)}			
Private Konsumausgaben	1,5	-0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,5	0,6
Anlageinvestitionen	-5,3	-6,4	-0,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,4	-6,9	1,8
Bauten	-6,0	-5,9	-1,8
Letzte inländische Verwendung	-0,8	-1,3	0,7
Exporte	5,0	2,9	4,7
Importe	1,0	-1,3	4,2
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,2	1,1
Erwerbstätige ^{b)} (Mill. Personen)	38.917	38.671	38.458
Arbeitslose (Mill. Personen)	3.852	4.060	4.220
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9,0	9,5	9,9
Preisindex für die Lebenshaltung ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,5	1,3	1,3
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,5	0,9	0,9
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}			
- in Mrd. €	-57,5	-77,2	-62,0
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-2,8	-3,7	-2,9
nachrichtlich:			
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	0,8	1,4
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{g)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,5	2,2	1,9
1) Prognose des ifo Instituts. - a) In Preisen von 1995. - b) Im Inland. - c) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige). - d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100). - e) Arbeitsnehmerentgelt je Arbeitsnehmer im Inland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95). - g) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).			

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

werden die Steuern voraussichtlich um 4,4 % steigen. Auch die Einnahmen der Sozialversicherungen werden deutlich zulegen. Hier sind verschiedene Änderungen zu berücksichtigen, so höhere Beitragssätze in der Rentenversicherung und in der gesetzlichen Krankenversicherung, die zusätzliche Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der Renten- und in der Arbeitslosenversicherung und die Absenkung der

Bemessungsgrundlage für die Krankenversicherungsbeiträge der Arbeitslosenhilfeempfänger. Insgesamt werden die staatlichen Einnahmen im Jahr 2003 um 3,3 % steigen.

Die Zunahme auf der Ausgabenseite wird deutlich kleiner sein, sowohl bei den Gebietskörperschaften als auch bei der Sozialversicherung. Zur Konsolidie-

zung der Finanzlage wurde im Finanzplanungsrat für die Gebietskörperschaften ein Ausgabenpfad für die nächsten Jahre vereinbart. Nach diesem nationalen Stabilitätspakt sollen die Ausgaben des Bundes 2003 und 2004 um jeweils $\frac{1}{2}$ % sinken, die Ausgaben der Länder und Gemeinden um durchschnittlich nur 1 % pro Jahr steigen. Die Krankenversicherungen sollen durch eine Reihe von Einzelmaßnahmen (z. B. „Nullrunde für Ärzte und Krankenhäuser“) entlastet werden, durch die Umsetzung des HARTZ-Konzepts soll die Bundesanstalt für Arbeit Mittel einsparen und 2003 ohne Bundeszuschuss auskommen.

Wegen der – nach der hier vorgelegten Prognose – im Jahresdurchschnitt wachsenden Arbeitslosenzahl und des zuletzt deutlich gestiegenen Anteils der Leistungsempfänger an den Arbeitslosen dürften die Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit höher sein als im Haushaltsplan vorgesehen, sodass erneut ein Bundeszuschuss in der Größenordnung von 3 Mrd. Euro nötig würde. Andererseits wird die Rentenerhöhung 2003 spürbar geringer ausfallen als 2002, weil in die Berechnung des Anpassungssatzes erstmals ein Abschlag für die freiwillige private Altersvor-

sorge eingeht. Außerdem werden die Ausgaben der Arbeitslosenhilfe wegen verstärkter Anrechnung von Vermögen deutlich sinken. Insgesamt werden die monetären Sozialleistungen um 1,4 % ausgeweitet, die sozialen Sachleistungen um 2,1 %.

Von den anderen Ausgabenkategorien werden die Zinsen als Folge des 2002 stark gestiegenen Schuldenstandes deutlich steigen. Wegen der Notwendigkeit, Infrastrukturschäden infolge der Hochwasserkatastrophe zu beheben, werden die öffentlichen Investitionen erstmals seit 1999 wieder leicht zulegen. Auch fallen Vermögenstransfers – mit schätzungsweise $3\frac{1}{2}$ Mrd. Euro deutlich mehr als 2002 (1 Mrd. Euro) – aus dem Fonds „Aufbauhilfe“ an von der Flut betroffene Unternehmen und private Haushalte an. Insgesamt dürften die staatlichen Ausgaben um 1,6 % zunehmen, der Finanzierungssaldo von 77 Mrd. Euro auf 62 Mrd. (2,9 % des Bruttoinlandsprodukts) zurückgehen. Angesichts der Schätzunsicherheiten bleibt damit die große Gefahr groß, dass die 3-Prozent-Marke des Stabilitäts- und Wachstumspakts erneut überschritten wird.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 Vorausschätzung für das Jahr 2003

	2001 ^{a)}	2002 ^{a)}	2003 ^{b)}
1. Entstehung des Inlandsprodukts			
Veränderung in % p.a.			
Erwerbstätige im Inland	0,4	-0,6	-0,6
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,5	-0,5	-0,1
Arbeitstage ^{c)}	-0,3	0,0	0,1
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-0,4	-1,1	-0,6
Produktivität ^{d)}	1,0	1,3	1,6
BIP in Preisen von 1995	0,6	0,2	1,1
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen			
a) Mrd. EUR			
Private Konsumausgaben ^{e)}	1.232,2	1.243,6	1.270,7
Konsumausgaben des Staates	393,5	402,7	407,5
Anlageinvestitionen	416,3	390,3	390,9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	190,1	177,7	181,9
Bauten	226,2	212,6	208,9
Vorratsveränderungen ¹⁾	-9,4	-8,0	-1,6
Letzte inländische Verwendung	2.032,6	2.028,7	2.067,5
Außenbeitrag	38,6	83,8	92,1
Exporte	726,9	748,6	790,7
Importe	688,3	664,8	698,7
Bruttoinlandsprodukt	2.071,2	2.112,4	2.159,6
b) Veränderung in % p.a.			
Private Konsumausgaben ^{e)}	3,5	0,9	2,2
Konsumausgaben des Staates	1,6	2,3	1,2
Anlageinvestitionen	-5,1	-6,2	0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,3	-6,5	2,4
Bauten	-5,8	-6,0	-1,7
Letzte inländische Verwendung	0,5	-0,2	1,9
Exporte	6,1	3,0	5,6
Importe	1,6	-3,4	5,1
Bruttoinlandsprodukt	2,0	2,0	2,2
3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995			
a) Mrd. EUR			
Private Konsumausgaben ^{e)}	1.131,6	1.126,2	1.135,5
Konsumausgaben des Staates	382,6	388,5	390,9
Anlageinvestitionen	419,5	392,8	392,2
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	191,8	178,6	181,9
Bauten	227,7	214,2	210,4
Vorratsveränderungen ¹⁾	-15,2	-14,3	-12,2
Letzte inländische Verwendung	1.918,6	1.893,2	1.906,5
Außenbeitrag	62,2	91,0	98,7
Exporte	695,4	715,7	749,7
Importe	633,1	624,7	651,0
Bruttoinlandsprodukt	1.980,8	1.984,2	2.005,2
nachrichtlich:			
Bruttonationaleinkommen	1.966,9	1.973,0	1.994,8
b) Veränderung in % p.a.			
Private Konsumausgaben ^{e)}	1,5	-0,5	0,8
Konsumausgaben des Staates	0,8	1,5	0,6
Anlageinvestitionen	-5,3	-6,4	-0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-4,4	-6,9	1,8
Bauten	-6,0	-5,9	-1,8
Letzte inländische Verwendung	-0,8	-1,3	0,7
Exporte	5,0	2,9	4,7
Importe	1,0	-1,3	4,2
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,2	1,1
nachrichtlich:			
Bruttonationaleinkommen	0,2	0,3	1,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 ^{a)}	2002 ^{a)}	2003 ^{b)}
4. Preisniveau (1995=100)			
Veränderung in % p.a.			
Private Konsumausgaben ^{e)}	1,9	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	0,8	0,8	0,6
Anlageinvestitionen	0,2	0,1	0,3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	0,4	0,6
Bauten	0,2	-0,1	0,0
Exporte	1,0	0,1	0,8
Importe	0,6	-2,1	0,8
Bruttoinlandsprodukt	1,4	1,8	1,2
5. Einkommensentstehung und -verteilung			
a) Mrd. EUR			
Arbeitnehmerentgelt	1.120,4	1.131,5	1.152,4
Arbeitgeberbeiträge	215,7	218,6	226,4
Bruttolöhne und -gehälter	904,6	912,9	926,1
Arbeitnehmerbeiträge	144,3	146,6	152,7
Lohnsteuer	167,2	171,7	176,9
Nettolöhne und -gehälter	593,1	594,5	596,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	410,9	428,1	434,9
Volkseinkommen	1.531,2	1.559,5	1.587,3
Abschreibungen	312,1	319,5	327,7
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	212,5	220,7	232,4
Bruttonationaleinkommen	2.055,8	2.099,7	2.147,4
b) Veränderung in % p.a.			
Arbeitnehmerentgelt	1,9	1,0	1,9
Bruttolöhne und -gehälter	2,2	0,9	1,4
Nettolöhne und -gehälter	3,5	0,2	0,3
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1,9	1,7	2,1
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,3	1,0	1,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,2	4,2	1,6
Volkseinkommen	1,5	1,8	1,8
Abschreibungen	3,2	2,4	2,6
Produktions- und Importabgaben abz. Subventionen	1,5	3,8	5,3
Bruttonationaleinkommen	1,7	2,1	2,3
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte			
a) Mrd. EUR			
Nettolöhne und -gehälter	593,1	594,5	596,6
Monetäre Sozialleistungen	418,5	438,8	445,4
Übrige Primäreinkommen	462,4	450,5	468,4
Sonstige Transfers	-46,7	-41,4	-39,5
Abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	71,4	73,4	74,5
Verfügbares Einkommen	1.355,9	1.369,1	1.396,3
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	14,3	16,8	17,9
Private Konsumausgaben ^{e)}	1.232,2	1.243,6	1.270,7
Sparen	138,1	142,3	143,5
Sparquote ^{g)}	10,1	10,3	10,1
b) Veränderung in % p.a.			
Nettolöhne und -gehälter	3,5	0,2	0,3
Monetäre Sozialleistungen	2,3	4,8	1,5
Übrige Primäreinkommen	5,4	-2,6	4,0
Verfügbares Einkommen	3,8	1,0	2,0
Private Konsumausgaben ^{e)}	3,5	0,9	2,2
Sparen	6,7	3,0	0,8

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2001 ^{a)}	2002 ^{a)}	2003 ^{b)}
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates			
a) Mrd. EUR			
Einnahmen			
Steuern	476,3	478,2	499,3
Sozialbeiträge	383,6	388,4	400,8
Vermögenseinkünfte	18,9	17,3	14,8
Sonstige Übertragungen	14,3	14,4	15,7
Vermögensübertragungen	8,4	8,3	8,1
Verkäufe	40,7	40,9	40,4
Sonstige Subventionen	0,9	0,7	0,6
Einnahmen insgesamt	943,0	948,1	979,6
Ausgaben			
Vorleistungen	81,6	84,1	84,7
Arbeitnehmerentgelte	164,9	166,0	166,0
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67,8	67,9	70,2
Subventionen	33,8	31,0	30,1
Monetäre Sozialleistungen	390,5	409,5	415,2
Soziale Sachleistungen	157,7	163,3	166,8
Sonstige Transfers	33,9	36,2	37,5
Vermögenstransfers	35,8	35,0	38,6
Bruttoinvestitionen	35,8	33,6	33,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,2	-1,3
Ausgaben insgesamt	1.000,5	1.025,3	1.041,6
Finanzierungssaldo	-57,5	-77,2	-62,0
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr			
Einnahmen			
Steuern	-4,4	0,4	4,4
Sozialbeiträge	1,3	1,3	3,2
Vermögenseinkünfte	43,6	-8,3	-14,9
Sonstige Übertragungen	5,5	0,4	9,3
Vermögensübertragungen	2,7	-2,0	-1,6
Verkäufe	-0,1	0,5	-1,2
Sonstige Subventionen	-	-	-
Einnahmen insgesamt	-1,1	0,5	3,3
Ausgaben			
Vorleistungen	4,0	3,0	0,7
Arbeitnehmerentgelte	-0,4	0,7	0,0
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0,5	0,0	3,5
Subventionen	-3,8	-8,5	-2,8
Monetäre Sozialleistungen	2,6	4,9	1,4
Soziale Sachleistungen	2,3	3,6	2,1
Sonstige Transfers	-2,0	6,7	3,6
Vermögenstransfers	19,8	-2,3	10,4
Bruttoinvestitionen	-1,6	-5,9	0,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-
Ausgaben insgesamt	7,5	2,5	1,6
nachrichtlich:			
Finanzierungssaldo in % des BIP	-2,8	-3,7	-2,9
a) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - b) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. - c) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt. - d) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde. - e) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. - f) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen. - g) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).			